

Arbeit wieder aufnehmen wird. Mit der Annahme eines substantiellen und ausgewogenen Abschlußdokuments in Madrid, einschließlich eines Beschlusses über die Einberufung einer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa, würde dem Kampf für Entspannung und Sicherheit auf dem europäischen Kontinent ein neuer, kräftiger Impuls verliehen.

Die DDR und die UdSSR erachten es als ihre internationalistische Pflicht, auch künftig dem sozialistischen Polen moralische, politische und ökonomische Unterstützung zu gewähren. Die Versuche der USA und einiger ihrer NATO-Verbündeten, gegen die VRP „Sanktionen“ zu verhängen und sich anderweitig in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen, stellen eine grobe Verletzung der allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts und der grundlegenden Prinzipien der Schlußakte von Helsinki dar. Die DDR und die UdSSR sind sich mit der VRP darin eins, daß diesen Versuchen eine entschiedene Abfuhr erteilt werden muß.

Die Achtung der politisch-territorialen Realitäten des heutigen Europas ist eine unbedingte Voraussetzung für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen und die Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens unter den Staaten dieses Kontinents. In diesem Zusammenhang wurde die fortbestehende Bedeutung der strikten Einhaltung der Verträge sozialistischer Länder mit der BRD sowie des Vierseitigen Abkommens über Westberlin hervorgehoben.

Beide Seiten brachten ihre tiefe Besorgnis angesichts der gefährlichen Entwicklung im Nahen Osten zum Ausdruck, die eine Folge der fortgesetzten Aggression Israels, vor allem in Libanon, sowie der Politik Washingtons zur Ermutigung des Aggressors und Erweiterung der militärisch-politischen Präsenz der USA in dieser Region ist. Beide Seiten bekräftigten, daß eine umfassende und gerechte Regelung des Nahostproblems auf der Gewährung der legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich des Rechts auf die Gründung eines eigenen Staates, auf der bedingungslosen Räumung aller von Israel seit 1967 annektierten arabischen Gebiete und auf der Gewährleistung des Rechts aller Staaten dieser Region auf eine gesicherte und unabhängige Existenz und Entwicklung beruhen muß.

Der Besuch bestätigte die völlige Übereinstimmung der Ansichten beider Seiten in allen erörterten Fragen.

Berlin, den 22. Januar 1983